

Regierungsratsbeschluss

vom 26. Juni 2017

Nr. 2017/1110

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland; Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 10. März 2017 gelangte das Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) an die Kantonsregierungen und ersuchte um eine Stellungnahme zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland.

2. Beschluss

Auf Antrag des Finanzdepartementes wird die Stellungnahme an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zur Änderung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland beschlossen.

Andreas Eng Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement vom 26. Juni 2017

Verteiler

Finanzdepartement (2; js, hir) Amtschreibereien (6) Amtschreiberei-Inspektorat Medien (jae)